

Asylrekurskommission
Webergutstr. 5

3003 Bern

Bern, den 23. Juni 2005

Stellungnahme zur Situation von, geboren am, Togo

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden von Herrn gebeten, zu seiner Situation Stellung zu nehmen, was wir im Folgenden gerne tun werden.

Wir stützen uns in unserer Beurteilung unter anderem auf die Informationen und Einschätzungen unserer LänderexpertInnen aus dem Internationalen Sekretariat von Amnesty International in London sowie der Togo-Koordinatorin der deutschen Sektion von Amnesty International, auf verschiedene Berichte von Amnesty International, unter anderem den Jahresbericht 2005, und auf den „Country Reports on Human Rights Practices„ des US Department of State zu Togo.

1 Allgemeine Situation in Togo seit dem Tod von Gnassingbé Eyadéma

Seit dem Tod des Präsidenten Gnassingbé Eyadéma im Februar dieses Jahres ist es in Togo zu gravierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen gekommen. Sicherheitskräfte und bewaffnete Banden haben sich in den letzten Monaten durch exzessive Gewaltanwendung hervorgetan. Vergleichbare Gewaltausbrüche hat es in Togo seit Jahren nicht gegeben. Amnesty International geht davon aus, dass mit einer Beruhigung der Lage und einer Beendigung der massiven Menschenrechtsverletzungen in unmittelbarer Zukunft nicht zu rechnen ist.

Am 5. Februar 2005 verkündete der Premierminister Togos den Tod des Präsidenten Gnassingbé Eyadéma. Am gleichen Tag setzte die Armee Faure Gnassingbé, einen Sohn des Verstorbenen, als Nachfolger ein. Parlamentspräsident Fambaré Natchaba, der nach der Verfassung die Nachfolge an der Spitze des Staates hätte übernehmen müssen und der sich zu diesem Zeitpunkt im Ausland befand, wurde auf diese Weise an der Rückkehr gehindert. Am 6. Februar setzte das Parlament Natchaba als Präsi-denten der Nationalversammlung

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Men-schenrechte arbeitet. Unabhängig und unparteilich, zielen ihre Aktionen auf schnellste und wirk-same Hilfe für die Opfer von Menschen-rechtsverletzungen. Die Aktivitäten der Organisation sind nur durch ihre Mitglieder und mit privaten Spenden finanziert.

Friedensnobelpreis 1977

Amnesty International est une organisation mondiale, oeuvrant à la promotion et à la défense des droits humains fondamentaux. Indépendante et impartiale, Amnesty International fonde son action sur la rapidité et l'efficacité de l'aide aux victimes des violations des droits de la personne.

Ses activités sont financées par ses seuls membres et par des dons privés.

Prix Nobel de la Paix 1977

ab und übertrug den Posten auf Faure Gnassingbé.

Ausserdem änderte das Parlament die Verfassung, um Faure Gnassingbé eine Regierungszeit bis 2008 zu ermöglichen. Die internationale Gemeinschaft verurteilte diese Machtübernahme, die von der „Afrikanischen Union„ als Militärputsch bezeichnet wurde.¹ Auch die togoische Opposition verurteilte den Staatsstreich scharf und forderte Neuwahlen. Am 8. und 9. Februar 2005 kam es zu Streiks und am 12. Februar fand in Lomé eine Demonstration statt, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen und Übergriffen der Sicherheitskräfte mit drei Toten kam.²

Am 18. Februar 2005 erklärte sich Faure Gnassingbé unter internationalem Druck zu Präsidentschaftswahlen bereit und am 25. Februar trat er zurück. Bei der Bekanntgabe des Siegs von Faure Gnassingbé am 26. April 2005 (knapp über 60 Prozent der Wählerstimmen) eskalierten die Proteste der Bevölkerung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas und Gummigeschossen auf die Demonstranten los und schossen in mehreren Städten mit scharfer Munition. Berichten zufolge schossen die Sicherheitskräfte wahllos auf die Zivilbevölkerung und ergriffen verschiedene Vergeltungsmassnahmen. Sie brachen in Häuser ein, verwüsteten Wohnungen und schlugen wahllos auf die Bevölkerung ein. Im Landesinnern, unter anderem in den Städten Kpalimé, Atakpamé, Mango und Sokodé, gab es eine regelrechte Hetze auf Oppositionsanhänger mit zahlreichen Todesopfern. Am 27. April erklärte sich der offiziell unterlegene Kandidat der Opposition, Emmanuel Akitani Bob, zum Wahlsieger der Präsidentschaftswahlen in Togo. Er rief zur Mobilisierung der Demokratiebewegung auf. In Lomé kamen in den Tagen bis zum 28. April bei gewaltsamen Zusammenstößen mindestens 22 Menschen ums Leben, mehr als einhundert wurden verletzt. Mehr als 3.000 Menschen flohen bis zu diesem Zeitpunkt in das Nachbarland Benin. Die Opposition sprach von massivem Wahlbetrug und weigerte sich, das Wahlergebnis anzuerkennen.³

Auch im Mai und Juni hielten die Repressionen gegen die Bevölkerung an. Zahlreiche Personen wurden durch Schüsse und Schläge getötet und verletzt. Oppositionelle und Personen, die dafür gehalten wurden, wurden inhaftiert und gefoltert. Der Regierung nahestehende Milizen drangen wahllos in Häuser ein, die Bewohner wurden geschlagen und beraubt, Frauen vergewaltigt, die Häuser verwüstet. Es gab zahlreiche extralegale Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte, Morde durch bewaffnete Milizen, systematische Misshandlungen auf den Strassen, in den gestürzten Häusern und in den verschiedenen Hafteinrichtungen. Zusammengefasst hat Amnesty International Kenntnis von folgenden Menschenrechtsverletzungen seit Februar 2005 in Togo: aussergerichtliche Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte, absichtliche und willkürliche Tötungen durch bewaffnete Banden, von der Opposition begangene Tötungen, Misshandlungen durch die Sicherheitskräfte und bewaffnete Banden sowie durch

¹ Stellungnahme der deutschen Sektion von Amnesty International zur Situation in Togo durch die Togo-Koordinatorin, 11. Februar 2005.

² Auswärtiges Amt Deutschland, Togo: Innenpolitik, Februar 2005.

³ Amnesty International, AI Index: AFR 57/011/2005, 20. Mai 2005; AG Friedensforschung an der Uni Kassel, „Krise in Togo – droht ein Bürgerkrieg?“, 30. April 2005.

Sympathisanten der Opposition, Schikanierung von MenschenrechtsaktivistInnen, Vergewaltigungen, „Verschwindenlassen“, von Personen und Angriffe auf die freie Meinungsäußerung. Es ist schwierig, die exakte Zahl der Personen zu nennen, die bei den Auseinandersetzungen verletzt oder getötet worden sind. ÄrztInnen, die Verletzte betreut haben, sind angewiesen worden, nicht mit MedienvertreterInnen zu sprechen. Familien, die Opfer zu beklagen haben, melden diese aus Angst vor weiteren Verfolgungen nicht. Berichte aus unterschiedlichen Quellen geben Anlass zur Befürchtung, dass Dutzende, wenn nicht Hunderte von Personen getötet und mehrere Tausend verletzt wurden.⁴ Die togoische „League of Human Rights“, sprach am 10. Mai 2005 von 790 Personen, die seit den Wahlen getötet worden waren und von 4345 Verletzten.⁵

Zwei Tage vor der Präsidentschaftswahl wurden in Togo die Grenzen geschlossen und blieben bis zum 6. Mai 2005 gesperrt. Nach Wiederöffnung der Grenzen kam es zu grossen Fluchtbewegungen, die bis heute anhalten. Laut dem UNHCR befanden sich am 10. Juni 2005 21'641 TogoerInnen in den Flüchtlingscamps in Benin, darunter mindestens 204 unbegleitete Kinder. Das UNHCR meldet, dass täglich immer noch etwa 100 Flüchtlinge über den südlichen Grenzübergang Hilakondji fliehen. Insgesamt befinden sich rund 37'000 togoische Flüchtlinge in Benin und Togo. Die Sicherheitslage in den Flüchtlingscamps ist prekär und es werden Übergriffe durch das togoische Militär befürchtet. Es häufen sich ausserdem Berichte über Übergriffe gegen Personen, die aus Benin und Ghana wieder nach Togo zurückgekehrt sind. Die Flüchtlinge sind in der Mehrzahl junge Aktivisten der Opposition oder Personen, denen vorgeworfen wird, der Opposition anzugehören. Die Flüchtlinge berichten, dass sie aus Furcht vor Repressionen Togo verlassen. Sie berichten von Fällen von „Verschwindenlassen“ und Entführungen von Oppositionellen, die Gnassingbés Wahl als Wahlbetrug bezeichneten. Dabei handelt es sich in der Mehrzahl um junge Männer, die vor Furcht vor Repressionen durch die Sicherheitskräfte Togo verlassen.⁶

2 Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Nach dem Tod Gnassingbé Eyadémas kam es in Togo zu massiven Verletzungen der Pressefreiheit. Zehn private Rundfunkstationen wurden nach dem 5. Februar 2005 geschlossen. Am Tag vor den Wahlen im April wurden die Kommunikationswege nach Togo unterbrochen. Mehrere Tage funktionierten die Telefonleitungen nicht. So wurden nicht nur Anrufe aus dem oder in das Ausland, sondern auch die Kommunikation im Landesinnern verhindert. Die privaten Medien wurden in der freien Ausübung ihrer Arbeit behindert. Nach einem erneuten Einschüchterungsversuch seitens der Obersten Behörde für audiovisuelle Medien und Kommunikation (HAAC), die den Radiosender „Nana FM“, verdächtigte, die Wahlresultate bekannt geben zu wollen, entschied der Sender, nur noch

⁴ Stellungnahme der deutschen Sektion von Amnesty International zur Situation in Togo an den Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder, 27. Mai 2005; Amnesty International, AI Index: AFR 57/011/2005, 20. Mai 2005.

⁵ IRIN, Togo: Human rights group says 790 killed in election violence, 13. Mai 2005.

⁶ IRIN, Benin-Togo: Hundreds of young men still seeking asylum, 27. Mai 2005; IRIN, Benin-Togo: Children fled Togo alone in fear of violence, 10. Juni 2005.

Musik zu spielen. Kurz darauf wurde der Sender aufgrund der Gewalttätigkeiten im Viertel, in dem er sich befindet, einige Tage lang geschlossen.

Die Sender „Radio Maria,, und „Radio Nostalgie,, erhielten am 27. April 2005 vom Vorsitzenden der HAAC die Anweisung, einen Monat lang zu schliessen, weil sie am 25. April die Fehlinformation verbreitet hätten, dass es in der Nacht vom 25. April in Lomé eine Sperrstunde gebe.⁷

Auch die Korrespondenten der internationalen Medien wurden zur Zielscheibe von Angriffen und Einschüchterungen. Thierry Tchukriel, ein Journalist eines mit Rd' Autan assoziierten Radios, der sich am 19. April zur Berichterstattung über die Präsidentschaftswahlen nach Lomé begeben hatte, wurde in der Nacht vom 24. April nach seiner Festnahme durch die togoische Polizei von vier Militärs geschlagen. Seine Papiere, darunter auch ein Presseausweis sowie sein Fotoapparat wurden konfisziert. Der Journalist hatte sich für dem Vorgang des Auszählens der Wahlzettel interessiert.

Am 28. April 2005 beschuldigte der Interimspräsident Togos, Abass Bonfoh, öffentlich die ausländischen Medien, für die Unruhen im Land verantwortlich zu sein: „Für das Blutbad sind die ausländischen Journalisten verantwortlich,,⁸

Am 13. Mai 2005 hinderten mehrere junge Anhänger der Regierungspartei die Togoische Menschenrechtsliga (LTDH) am Abhalten einer Pressekonferenz. Während dieser Konferenz sollte ein Bericht vorgestellt werden, der eine Bilanz der Menschenrechtsverletzungen seit dem 5. Februar zog.⁹

Aber nicht erst im laufenden Jahr ist es in Togo zu massiven Beschränkungen des Rechts auf Meinungsfreiheit gekommen. Im August 2004 verabschiedete die Nationalversammlung ein neues Presse- und Kommunikationsgesetz. Darin waren für Vergehen wie etwa Beleidigung des Präsidenten der Republik, des Präsidenten der Nationalversammlung und anderer hochrangiger Persönlichkeiten hohe Geldstrafen von bis zu etwa 10'000 US-Dollar vorgesehen. Für einige Vergehen konnte weiterhin Untersuchungshaft angeordnet werden.¹⁰

Trotz der Gesetzesreformen und der Verpflichtungen, die Togo gegenüber der EU eingegangen war, wurden Personen, die Bedenken über die Menschenrechtssituation äusserten, schikaniert und eingeschüchtert. Im Juli 2004 bezeichnete der Präsident der Nationalversammlung in einem Rundfunkinterview Mitarbeiter der Togoischen Menschenrechtsliga als „Kriminelle,, nachdem die Organisation einen Bericht über die Menschenrechtssituation in Togo veröffentlicht hatte.

Im Oktober 2004 gingen bei Dimas Dzikodo, dem Herausgeber der Wochenzeitung „Le Forum de la Semaine,, nach der Veröffentlichung eines Meinungsbeitrags, in welchem dem Staatspräsidenten und seiner Familie Veruntreuung vorgeworfen war, anonyme Drohungen ein.

Im April 2004 wurde der für den Radiosender „Nana FM,, tätige Journalist Yves Kpeto bei

⁷ Amnesty International, Index AI: AFR 57/011/2005, 20. Mai 2005, Togo: Une élection à hauts risques.

⁸ Amnesty International, Index AI: AFR 57/011/2005, 20. Mai 2005, Togo: Une élection à hauts risques.

⁹ Amnesty International, Index AI: AFR 57/011/2005, 20. Mai 2005, Togo: Une élection à hauts risques.

¹⁰ Amnesty International, Jahresbericht 2005.

einer Demonstration in Lomé von den Sicherheitskräften brutal verprügelt.¹¹

3 Willkürliche und politisch motivierte Inhaftierungen

Im Vorfeld der Wahlen vom 24. April 2005 kam es in Togo zu systematischen Menschenrechtsverletzungen. Die Wahlen wurden generell in einer Atmosphäre der Einschüchterung und Bedrohung organisiert. In den Tagen vor den Wahlen kam es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen, insbesondere von Wahlkampfaktivisten der Opposition, die das Ziel hatten, den Wahlkampf der Opposition zu behindern. Unterstützer der Opposition wurden zusammengeschlagen und Orte, die für Versammlungen der Opposition vorgesehen waren, wurden verwüstet. Gegen einige Oppositionsparteien wurde das Versammlungsverbot verhängt.

Amnesty International hat Kenntnis davon, dass seit Februar 2005 Dutzende Personen verhaftet wurden, die tatsächlich oder auch nur vermutlich die Opposition unterstützen. Am 6. April 2005 wurde Ayayi Amavi, Generalsekretär der „Union des Démocrates Socialistes du Togo,“ (UDS-Togo) festgenommen und ohne Anklage bis zum 14. April im Zivilgefängnis von Lomé gefangen gehalten. Ayayi Amavi gab gegenüber Amnesty International an, in der Haft von Sicherheitskräften brutal geschlagen worden zu sein. Der ehemalige togoische Premierminister Agbéyomé Kodjo befindet sich in Haft im Zivilgefängnis von Kara. Am 10. Mai 2005 ordnete die Anklagekammer des Berufungsgerichts von Lomé die Haftentlassung von Agbéyomé Kodjo an. Der Staatsanwalt entschied jedoch, beim Kassationshof Berufung einzulegen. Amnesty International betrachtet Agbéyomé Kodjo als politischen Gefangenen.¹²

Es kam im vergangenen Jahr immer wieder vor, dass die Regierung Oppositionelle Verbrechen beschuldigte, um sie festzunehmen, festhalten und einschüchtern zu können. Am 20. Mai 2004 wurde Marc Palanga, der Führer der „Union des forces du changement,“ (UFC) in Kara nach 15 Monaten Haft entlassen. Er war im Februar 2003 verhaftet worden mit dem Vorwurf, Waffen zu besitzen. Er wurde ausserdem angeklagt, falsche Aussagen gegen Oberstleutnant Ernest Gnassingbé, einen Sohn des Präsidenten gemacht zu haben. Der wirkliche Grund für seine Festnahme war seine gewaltfreie Betätigung für die UFC. Palanga berichtete, dass er in der Haft regelmässig geschlagen wurde.¹³

Seit mehreren Jahren dokumentiert Amnesty International in Togo politisch motivierte Inhaftierungen. Zahlreiche im Mai 2003 festgenommene Armeeoffiziere waren Ende 2004 noch immer im Zivilgefängnis von Lomé inhaftiert. Einer EU-Delegation, die den Auftrag hatte, die Umsetzung der von den togoischen Behörden eingegangenen Verpflichtungen zu überprüfen, wurde während eines Besuchs im Gefängnis der Kontakt zu den Offizieren verweigert. Offenbar wurde den Offizieren Verschwörung gegen den Staat vorgeworfen.

¹¹ Amnesty International, Jahresbericht 2005.

¹² Amnesty International, AI Index: AFR 57/11/2005, 20. Mai 2005.

¹³ Amnesty International, Jahresbericht 2005; U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2004, 28. Februar 2005.

Es ist allerdings unklar, ob formell Anklage gegen die Inhaftierten erhoben worden ist.¹⁴

Im April und Juni 2003 beschrieb Amnesty International in zwei Berichten die Methoden, die seit Beginn des Jahres 2003 von den togoischen Behörden angewandt wurden, um jegliche Opposition und unabhängige Berichterstattung zum Schweigen zu bringen. Es handelte sich dabei um Methoden der Einschüchterung, Inhaftierung und Folter. Seit Januar 2003 wurden immer wieder Oppositionelle festgenommen, inhaftiert oder gefoltert. Eine Person wurde von den Sicherheitskräften getötet. Verhaftet und gefoltert wurden unter anderem Personen, von denen angenommen wurde, dass sie einen Oppositionskandidaten wählen würden oder andere Personen anstiften würden, dies zu tun. Personen, die Flugblätter verteilten oder dessen verdächtigt wurden, die an friedlichen Parteiveranstaltungen teilnahmen oder sich für Demonstrationen zu versammeln suchten, wurden ebenfalls Opfer von Verhaftungen und Misshandlungen. Eingeschüchtert und verfolgt wurden auch Menschenrechtsverteidiger, wie zum Beispiel Angehörige der Organisation ACAT, „Association des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture“, und Mitglieder der Zivilgesellschaft. Bevorzugte Opfer der Repression waren aber Journalisten, die seit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Lomé 1999 die politische Entwicklung kritisch begleitet haben und sich weigerten, der Linie der Regierung zu folgen. Sie wurden verfolgt, in ihrer Arbeit behindert, verhaftet, die Zeitungen wurden verboten oder am Erscheinen gehindert.¹⁵

Im Februar 2002 wurden mindestens vier Mitglieder der togoischen Studentenvereinigung „Union nationale des étudiants togolais,“ (UNET) festgenommen und nach einigen Tagen in Haft ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Oktober 2002 wurden auch Anhänger der Opposition, die Flugblätter mit der Aufforderung zum Wahlboykott verteilt hatten, festgenommen und einige Tage lang ohne Anklageerhebung in Haft gehalten.¹⁶

Im September 2002 wurden Claude Améganvi, Vorsitzender der Arbeiterpartei „Parti des travailleurs,“ (PT) und Koordinator der Organisation „Quelle solution pour le Togo,“, sowie Julien Ayi, Herausgeber der Wochenzeitung „Nouvel Echo,“, wegen eines „Angriffs auf die Ehre,“ von Präsident Eyadéma zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Im Dezember erhöhte das Berufungsgericht die Haftstrafe auf sechs Monate. Der Chefredakteur des „Nouvel Echo,“, Klu Névamé, der sich versteckt hielt, wurde ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Den drei Männern warf man vor, Präsident Eyadéma als einen der reichsten Männer der Welt bezeichnet zu haben. Claude Améganvi war nach einem Treffen mit dem Innenminister verhaftet worden, bei dem er um die Freilassung von zwei Lehrern gebeten hatte. Diese beiden gewaltlosen politischen Gefangenen waren verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie Flugblätter der »*Quelle solution pour le Togo?*« verteilt hatten. Die Flugblätter riefen die togoischen Bürger dazu auf, Tavio Amorins zu gedenken, der 1992 extralegal hingerichtet worden war.¹⁷

¹⁴ Amnesty International, Jahresbericht 2005.

¹⁵ Amnesty International, AI Index: afr 57/003/2003 AFR 57/005/2003.

¹⁶ Amnesty International, Jahresbericht 2003.

¹⁷ Amnesty International, Jahresbericht 2003.

4 Folter, Misshandlung und Tötungen

Seit den Präsidentschaftswahlen im April kommt es immer wieder zu Misshandlungen von Zivilpersonen durch Sicherheitskräfte und Paramilitärs. Flüchtlinge aus Togo berichteten am 12. Mai 2005 in Ghana von brutalen Überfällen von Soldaten in der Region Kpalimé in Togo. Auf der Suche nach Oppositionellen zogen die Soldaten durch die Dörfer rund um die Stadt Kpalimé, zündeten Häuser an und schossen auf fliehende Menschen. In einem Dorf tötete ein Soldat eine Person. Es gab viele Schwerverletzte.¹⁸ Flüchtlinge, die nach Togo zurückgekehrten, wurden verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt.

Der 45-jährige Bangana berichtete IRIN, dass er in der Nacht vom 26. April 2005 zu Hause von Paramilitärs mitgenommen wurde und in der Privatresidenz des Justizministers geschlagen und gefoltert wurde. 15 Soldaten hätten den Misshandlungen beigewohnt. Der Justizminister Katari Foli-Bazi widersprach diesen Anschuldigungen.

Ein 26-jähriger Mann, der anonym bleiben wollte, berichtete, dass er eine von mehreren Personen sei, die an Demonstrationen am Wahltag in Kpalimé von Soldaten mit Kalaschnikovs angeschossen wurden. Die Soldaten warfen zuerst Tränengas und schossen dann auf Leute, selbst als diese wegrannten. Als der schwer verletzte Mann schliesslich in ein Krankenhaus gebracht wurde, wurde er nicht behandelt. Mitarbeitende von humanitären Organisationen in Kpalimé bestätigten, dass vielen Verletzten im Spital die Behandlung verweigert wurde oder dass die Ärzte Kugeln nicht entfernten, da sie aufgefordert worden waren, Schussverletzungen nicht zu melden. Auch noch fünf Wochen nach dem Wahltag kamen Angehörige der Opposition zur „Togolese League for Human Rights“ in Lomé, einige von ihnen mit Schusswunden, und berichteten, dass ihnen von Ärzten die Behandlung verweigert worden war.¹⁹

Folterungen und Misshandlungen in Haft sind in Togo weit verbreitet. Freigelassene Gefangene berichteten, dass sie vor allem in der Untersuchungshaft von den Sicherheitskräften gefoltert worden seien. Die Zustände in den Gefängnissen von Lomé und Kara werden als miserabel beschrieben. Die medizinische Versorgung in den Gefängnissen und Hafteinrichtungen bleibt mangelhaft. Viele Hafteinrichtungen sind überbelegt und zum Teil so überfüllt, dass sich die Inhaftierten in der Zelle nicht hinlegen können. Das Zentralgefängnis in Lomé, das für 500 Gefangene konstituiert ist, war letztes Jahr mit 1600 Inhaftierten belegt. Soweit bekannt, wurde nichts unternommen, um die für Folterungen und Misshandlungen verantwortlichen vor Gericht zu bringen oder die Haftbedingungen in den Gefängnissen von Togo zu verbessern.²⁰

Mehrere Menschen starben im vergangenen Jahr in Haft. Im Januar 2004 starb Kouma Tengué auf der Polizeiwache in Kévé nach drei Tagen Haft ohne Kontakt zur Aussenwelt. Die Polizeibehörden gaben an, er sei ertrunken, während in einem medizinischen Gutachten ein schwerer Schlag als Todesursache genannt wurde. Seine Familie erhob den Vorwurf, er sei an den Folgen der Folter gestorben.²¹

¹⁸ Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit e.V. (DAZ), 13. Mai 2005.

¹⁹ IRIN, Togo: Torture and bullets used against government opponents – victims, 2. Juni 2005.

²⁰ Amnesty International, Jahresbericht 2005; U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2004, 28. Februar 2005.

²¹ Amnesty International, Jahresbericht 2005; U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2004, 28. Februar 2005.

Leutnant Kondoh Kpandang und Yao Mensah starben letztes Jahr in Haft. Sie waren zwei der seit Mai 2003 im Gefängnis von Lomé inhaftierten Armeeeoffiziere. Aus Berichten ging hervor, dass ihr Tod möglicherweise auf die harten Haftbedingungen und die unzureichende ärztliche Betreuung im Gefängnis zurückzuführen ist.²²

5 Gefährdung von Mitgliedern der UFC

Mitglieder und SympathisantInnen der Oppositionspartei „Union des forces du changement“ (UFC) werden in Togo immer wieder Ziel staatlicher Repressionen und Infiltrationen durch die staatlichen Sicherheitskräfte, einschliesslich der unter dem Namen „Les Pigeons,“ bekannten Todesschwadronen. Obwohl die UFC eine legale Partei ist, werden UFC-Mitglieder immer wieder Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen. Amnesty International und das U.S. Department of State berichteten für die Jahre 2003 und 2004 unter anderem von folgenden Repressionen und Menschenrechtsverletzungen an UFC-Mitgliedern.²³

- Mehrere UFC-AktivistInnen wurden von staatlichen Sicherheitskräften vorsätzlich getötet. Der 32-jährige UFC-Aktivist Egbla Kossi Messan wurde am 1. Juni 2003, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, in Djangblé von Sicherheitskräften erschossen. Er hatte zusammen mit einem anderen UFC-AktivistInnen einen Beamten erwischt, der sich an Wahlurnen zu schaffern machte. Die beiden Männer protestierten, worauf der Beamte die Sicherheitskräfte rief. Als die beiden UFC-AktivistInnen auf dem Motorrad davonfuhren, wurde Egbla Kossi Messan von den Sicherheitskräften tödlich am Rücken getroffen, sein Kollege schwer verletzt.²⁴
- Lokale UFC-Führer und UFC-Mitglieder wurden von staatlichen Sicherheitskräften willkürlich ohne Anklage und Verfahren festgehalten und gefoltert.
- Ein UFC-Mitglied, das zu einer öffentlichen Demonstration gegen die Regierung aufgerufen hatte, wurde am 25. September 2003 verhaftet und während Monaten ohne Verfahren in Haft gehalten.²⁵
- UFC-Mitglieder wurden bei Sitzungen und Versammlungen in Privathäusern von UFC-Mitgliedern verhaftet und ihre Häuser wurden durchsucht. Am 10. Mai 2003 stürmten Sicherheitskräfte die Sitzung einer UFC-Gruppe, die im Haus einer der AktivistInnen in Lomé stattfand. 34 Personen wurden festgenommen und am folgenden Tag ohne Anklage wieder entlassen. Schon im März 2003 wurden 30 Personen festgenommen, die an einer wöchentlich stattfindenden Sitzung der UFC in Lomé teilgenommen hatten.²⁶
- Der UFC-Generalsekretär Jean-Pierre Fabre wurde am 11. Mai 2003 zusammen mit vier anderen Personen im Zusammenhang mit ihm zur Last gelegten Ausschreitungen verhaftet. Fabre wurde nach seiner Freilassung ohne Begründung am Verlassen des Landes gehindert.²⁷

²² Amnesty International, Jahresbericht 2005.

²³ Zusammengefasst in: Schweizerische Flüchtlingshilfe, Michael Kirschner, Togo: Gefährdung von Mitgliedern und/oder Sympathisanten der Union Forces pour le Changement (UFC), 27. Juli 2004.

²⁴ Amnesty International, AI Index: AFR 57/005/2003, „Togo. An election tainted by escalating violence“, 6. Juni 2003.

²⁵ U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2003, Togo, 25. Februar 2004.

²⁶ Amnesty International, AI Index: AFR 57/005/2003, „Togo. An election tainted by escalating violence“, 6. Juni 2003.

²⁷ U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2003, Togo, 25. Februar 2004.

- Von staatlichen Sicherheitskräften verübte Menschenrechtsverletzungen wie willkürlich Inhaftierung oder Folter von UFC-Mitgliedern sind nicht untersucht worden.

Im Jahr 2003 wurden vor und auch nach den Präsidentschaftswahlen vom Juni 2003 zahlreiche Mitglieder der UFC verhaftet: Kossi Ayedewou, wegen Besitz einer im Handel frei verkäuflichen Tränengasbombe, Jude Prudence Aleke, im Zusammenhang mit Bränden an Tankstellen in Lomé, Samuel Ossini wegen Besitz eines Flugblatts, Daniel Koffi Aganon, wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Jugendorganisation von UFC und Tokibar Kabassima, wegen seiner Tätigkeit als Führungsmitglied der UFC. Ausserdem wurden mehrere Anhänger, die den Wahlbetrug beklagt haben, festgenommen und ins Gefängnis von Lomé gebracht. Marc Palanga, Vorsitzender des UFC in Kozah und Mazama Katassa, UFC-Mitglied, wurden mehrmals inhaftiert, ohne dass ihre Haftgründe genannt wurden. Amnesty International geht davon aus, dass sie aufgrund ihres friedlichen politischen Engagements für die UFC inhaftiert und gefoltert wurden. Seit Jahren erhält Amnesty International immer wieder Berichte über die Einschüchterung, Festnahme und Folter von Oppositionellen, insbesondere aus dem Norden des Landes, wo die Regierungspartei den stärksten Rückhalt genießt. In den vergangenen zehn Jahren hat Amnesty International zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Personen wegen ihres politischen Engagements oder ihres Einsatzes für die Menschenrechte Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Am häufigsten geschah dies vor oder während wichtiger Wahlen.²⁸

6 Persönliche Situation von Herrn

Amnesty International ist sehr besorgt über die jüngsten Entwicklungen der Menschenrechtssituation in Togo und geht davon aus, dass diese auch Auswirkungen auf die Situation von nach Togo zurückkehrenden Asylsuchenden hat. Amnesty International liegen Berichte vor, denen zufolge die Sicherheitskräfte zurückkehrende Asylbewerber bei ihrer Ankunft in Togo festgenommen haben. Einige wurden nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuss gesetzt, andere blieben jedoch wochenlang in ungesetzlicher Haft.²⁹ Ein aus Deutschland nach Togo weggewiesener Asylbewerber wurde am Tag nach seiner Abschiebung bereits am Flughafen von Lomé festgenommen. Während der mehrwöchigen Haft wurde der Betroffene immer wieder massiv misshandelt, und er trug dabei erhebliche Verletzungen davon. Der Mann war als politischer Gegner des Regimes in Togo öffentlich in Erscheinung getreten. In einem Urteil vom 17.2.2005 anerkennt das VG Karlsruhe seine Gefährdung wegen oppositioneller Tätigkeit und geht davon aus, dass der Betroffene bei einer Rückkehr nach Togo erneut mit politisch motivierter Verfolgungsmassnahmen rechnen muss.³⁰

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass Sympathisanten und Mitglieder der Partei UFC sowie anderer oppositioneller Gruppen und Menschenrechtsorganisationen in Togo besonders gefährdet sind, Opfer von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu werden, selbst wenn sie nicht im grossen Masse politisch aktiv geworden sind. Diese

²⁸ Amnesty International, Urgent Action 56/03.

²⁹ Amnesty International, Jahresbericht 2005.

³⁰ VG Karlsruhe: Gefährdung wegen oppositioneller Tätigkeit, Urteil vom 17.2.2005, in: Asylmagazin 6/2005.

Gefährdung hat sich seit den neusten Entwicklungen in Togo im laufenden Jahr noch vergrössert.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die ernstzunehmende Gefahr besteht, bei einer möglichen Rückkehr nach Togo aufgrund seiner Mitgliedschaft in der oppositionellen UFC verhaftet werden würde. Folter und Misshandlungen sind in togoischen Haftanstalten an der Tagesordnung. Die extrem schlechten Haftbedingungen kommen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleich und haben bereits in mehreren Fällen zum Tode geführt.

Unabhängig von der persönlichen Situation von Herrn ist Amnesty International der Auffassung, dass die instabile Sicherheits- und Menschenrechtsslage zur Zeit keine Wegweisungen nach Togo zulässt. Seit Februar 2005 kommt es in Togo immer wieder zu heftigen Gewaltausbrüchen und zu systematischen Menschenrechtsverletzungen. Nicht nur Oppositionelle oder Personen, die dafür gehalten werden, werden Opfer der Repressionen, auch die unbeteiligte Zivilbevölkerung, inklusive Frauen und Kinder, leidet unter der Gewalt und den Menschenrechtsverletzungen.

Wir ersuchen die Asylrekurskommission dringend, den obigen Ausführungen Rechnung zu tragen, von einer Wegweisung von Herrn nach Togo abzusehen.

Mit freundlichen Grüssen

**Amnesty International
Sektion Schweiz**

**Amnesty International
Sektion Schweiz**

**Denise Graf
Flüchtlingskoordinatorin**

**Andrea Ruder
Assistentin Flüchtlingskoordination**